

Dienstag, 27.09.2022



## **Alarmstufe Rot in Bayerns Reha- und Vorsorgeeinrichtungen**

**VPKA warnt vor Versorgungskollaps und fordert Politik  
zum Handeln auf**

**München – Der Verband der Privatkrankenanstellen in Bayern e.V. (VPKA) schlägt Alarm: Viele der Reha- und Vorsorge-Kliniken des Verbandes sehen sich in ihrer Existenz gefährdet. Im Rahmen einer bundesweiten Kampagne von Krankenhäusern und Reha-/Vorsorgeeinrichtungen unter dem Namen „Alarmstufe Rot“ fordert der VPKA Bayern deshalb einen sofortigen Inflationsausgleich.**

Wie der VPKA Bayern erläutert, ist die finanzielle Lage im Freistaat ähnlich angespannt wie bei nahezu allen bundesweit 1.200 ambulanten und stationären Reha- und Vorsorgeeinrichtungen mit rund 150.000 Beschäftigten. Nachdem sich die Sachkosten und die Kosten für medizinischen Bedarf extrem verteuert haben, wird die bevorstehende Explosion der Energiekosten um bis zu 400 Prozent viele Reha- und Vorsorge-Kliniken in eine existenzielle Krise führen. Da die Vergütungssätze, die sie von den Krankenkassen und der Rentenversicherung für die Behandlung bekommen, langfristig fixiert sind, bleiben die Einrichtungen auf diesen Kostensteigerungen sitzen.

Die größten Sorgen bereiten den Kliniken die anstehenden Preissteigerungen für Strom und Gas. Wenn die meist längerfristig bestehenden Lieferverträge mit den Energieversorgern im Herbst auslaufen und höhere Gebühren fällig werden, steigen die Energiekosten von zurzeit rund fünf Euro pro Tag und Patient auf über 20 Euro. Hinzu kommen im November deutlich höhere Personalkosten durch das dann zu zahlende Weihnachtsgeld.

Nach wie vor sind die Reha-/Vorsorgeeinrichtungen außerdem von den Corona-Folgen betroffen. Der Belegungs- und Einnahmerückgang liegt bei bis zu 20 Prozent, wie eine Blitzumfrage unter 200 ambulanten und stationären Rehabilitationseinrichtungen zeigt, die der Bundesverband Deutscher Privatkliniken Anfang September durchgeführt hat. Unterstützungsmaßnahmen für die Reha-/Vorsorgeeinrichtungen sind zum 30. Juni 2022 ausgelaufen und wurden nicht verlängert. Stattdessen fordert die Deutsche Rentenversicherung derzeit bei einer Vielzahl der Einrichtungen die zuvor gewährten Coronahilfen zu einem sehr hohen Prozentsatz zurück.

**Verband der Privatkrankenanstellen  
in Bayern e.V.**

Kreillerstraße 24  
81673 München  
Telefon (0 89) 57 30 99  
Telefax (0 89) 57 34 88  
info@vpka-bayern.de  
www.vpka-bayern.de

**Pressestelle:**  
schmidtdesign GmbH & Co. KG  
Telefon 0831 960 729 0  
info@schmidtdesign.de

Der VPKA sieht auch die Politik in Bayern in der Verantwortung. Jeder Politiker müsse alles dafür tun, dass die Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Rehabilitations- und Vorsorgeleistungen sichergestellt bleibt. Wenn Reha- und Vorsorgekapazitäten wegbrechen, drohe ein Versorgungskollaps in den Krankenhäusern. Diese sind darauf angewiesen, die Patienten zeitnah in die Anschlussrehabilitation entlassen zu können. Zudem blieben viele Familien und Kinder sowie Long/Post-COVID-Erkrankte unversorgt, die noch mit den Folgen der Corona-Pandemie kämpfen. Politik, Krankenkassen und Rentenversicherung müssten ihre Verantwortung wahrnehmen und eine sofort wirksame Anpassung der Preise möglich machen. Durch einen Inflationszuschlag entstehende Mehrkosten werden aufgefangen, weil die Krankenkassen und die Deutsche Rentenversicherung als die größten Träger für Leistungen der medizinischen Rehabilitation während der Corona-Pandemie rund 1,5 Mrd. Euro Minderausgaben bei den Reha-Leistungen hatten.

---

Der Verband der Privatkrankenanstalten in Bayern e. V. (VPKA) setzt sich als dynamischer und praxisnaher Verband seit mehr als 70 Jahren bayernweit für die inhaltlichen Belange der privaten Akut- und Rehakliniken ein. Er vertritt als größter Landesverband rund 170 Einrichtungen mit knapp 30.000 Betten. Sein Ziel ist eine qualitativ hochwertige, innovative und wirtschaftliche Patientenversorgung in Krankenhäusern und Rehabilitationskliniken. Neben der Beratung seiner Mitglieder vertritt er die Belange der Privatkrankenanstalten in gesellschaftlichen, sozialpolitischen und tariflichen Angelegenheiten.